

Neue Gaskraftwerke gefährden Energie- und Klimapolitik!

Utl.: Österreichischer Biomasse-Verband fordert Klarstellung durch die Bundesregierung =

Wien (OTS) - Den Medien ist zu entnehmen, dass der Verbundkonzern am Bau der beiden Großkraftwerke auf Gasbasis in Mellach und Klagenfurt festhalten will. "Wir weisen darauf hin, dass mit diesen beiden Gaskraftwerken der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix in Österreich zurückgehen wird. Diese Projekte stehen in völligem Widerspruch zu dem am 12. Dezember 2008 auch von Österreich mit beschlossenen Energie- und Klimapaket der Europäischen Union", so Dr. Heinz Kopetz, Präsident des Österreichischen und Europäischen Biomasse-Verbandes. Dieses Paket verpflichtet Österreich unter Sanktionsandrohung, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 34 % zu erhöhen.

Neue Gaskraftwerke machen alle Bemühungen zunichte

Das 34-%-Ziel wird nach Inbetriebnahme dieser beiden Kraftwerke bis 2020 nicht mehr erreicht werden können, da alleine Gas für etwa 800.000 Haushalte zusätzlich benötigt werden würde. "Man müsste daher alleine 800.000 Wohneinheiten von Gas auf erneuerbare Energie umstellen, nur um den Mehrverbrauch dieser Gaskraftwerke zu kompensieren", so Kopetz weiter. Im Vollbetrieb werden die beiden Kraftwerke etwa 60 Petajoule fossile Energie benötigen, das entspricht einem horrenden Mehrverbrauch von fünf Prozent fossiler Energie in Österreich. Österreich muss jedoch den Einsatz von Fossilenergie um etwa 200 Petajoule bis 2020 reduzieren, um die neuen verpflichtenden EU-Vorgaben zu erfüllen.

Energie- und Klimaziele Österreichs so nicht erreichbar

"Die Planung und Errichtung dieser Kraftwerke bedeutet, dass wenige Wochen nach den Beschlüssen des europäischen Energie- und Klimapaketes in Österreich genau das Gegenteil von dem geschieht, zu dem sich die Spitzen der Regierung verpflichtet haben", zeigt sich Kopetz enttäuscht. Ergänzend sei noch angemerkt, dass der Strom aus diesen Kraftwerken bei Gaspreisen, wie sie noch Ende 2008 verrechnet wurden, teurer kommt als die aktuellen Einspeisetarife für Windstrom. Außerdem werden durch die Gaskraftwerke die CO₂-Emissionen um drei

Millionen Tonnen zusätzlich steigen, was wiederum im Widerspruch zur EU-Klimapolitik steht. "Schlussendlich wird auch noch der Anteil erneuerbarer Stromerzeugung weiter zurückgehen, was das Ziel von 78,1 % erneuerbaren Stroms bis 2020 völlig konterkariert", so Kopetz weiter.

"Wir fordern daher, dass Bundeskanzler Werner Faymann im Gespräch mit den betroffenen Unternehmen klarstellt, dass Investitionsvorhaben von Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz von Gebietskörperschaften stehen, mit den internationalen Verpflichtungen abgestimmt werden, die die Republik Österreich im Rahmen der europäischen Energie- und Klimapolitik übernommen hat", so Kopetz abschließend.

Rückfragehinweis:

~

DI Gregor Grill
Österreichischer Biomasse-Verband
Franz Josefs-Kai 13, A-1010 Wien
Tel: +43-1-533 07 97-25
Fax: +43-1-533 07 97-90
E-Mail: grill@biomasseverband.at
Web: www.biomasseverband.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0094 2009-01-16/11:02

161102 Jän 09

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090116_OTS0094